

Viel Spielraum nach oben

Die Gemeinde Seeg will einen Austritt aus der VG Seeg prüfen. Was die Bürgermeister der anderen Gemeinden dazu sagen und welche Chancen sich jetzt bieten könnten.

Von Matthias Matz

Seeg Seit der Ankündigung von Seegs Bürgermeister Lorenz Schnatterer, einen Verbleib der Gemeinde in der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Seeg zu überdenken, herrscht Unruhe in dem Verbund. Der Vorstoß Schnatterers sei „für alle unverständlich“, fasst Franz Erl, Bürgermeister von Rückholz, die Stimmung unter den Rathauschefs der anderen Mitgliedsgemeinden zusammen. VG-Geschäftsstellenleiter Peter Hartl sieht indes in der aktuellen Entwicklung auch eine Chance.

Mitte Januar ließ Lorenz Schnatterer die Bombe platzen: Im Gespräch mit unserer Redaktion kündigte er an, einen weiteren Verbleib Seegs in der gleichnamigen Verwaltungsgemeinschaft zusammen mit dem Gemeinderat überprüfen zu wollen. Komme man zu dem Ergebnis, dass Seeg alleine besser klarkommt als in dem seit 1978 bestehenden Zusammenschluss mit den Gemeinden Eisenberg, Hopferau, Rückholz, Wald und Lengenwang, werde man einen Austritt beantragen. Betroffen werden soll die Entscheidung noch vor der Konstituierung des neuen Gemeinderats im Mai (wir berichteten).

„Es gibt nicht den einen Grund, aber viele kleine Sachen ergeben ein Bild“, sagte Schnatterer zu den Gründen. Unter anderem komme man ohne VG-Mitgliedschaft schneller zu Entscheidungen. Zudem gebe es Doppelstrukturen beim Personal. Hinzu komme eine VG-Umlage von zuletzt 625.000 Euro im Jahr. Seeg ist mit über 3000 Einwohnern die größte Kommune in dem Verbund und auch Sitz der VG-Geschäftsstelle.

Bei seinen Amtskollegen in der VG stößt das auf Unverständnis. Während der VG-Vorsitzende und Lengenwanger Bürgermeister Albert Schreyer auf eine Anfrage unserer Zeitung nicht reagierte, wird der Rückholzer Rathauschef Franz Erl deutlich. Als Schnatterer seine Kollegen informiert habe, seien alle

sehr verwundert gewesen, berichtete er. „Wir wussten vorher von gar nichts.“ Auch über die Gründe der Seeger wisse man nichts. „Wir haben nicht den Hauch einer Ahnung.“ Vielmehr habe sich die VG in der Vergangenheit bewährt. „Allein der Gedanke, an dem Konstrukt zu zweifeln, ist sehr seltsam.“

Johanna Purschke, Bürgermeisterin von Wald, wollte sich auf Anfrage nicht weiter äußern. Gleichwohl ließ sie durchblicken, überrascht vom Vorgehen der Seeger zu sein. „Für mich ist das nicht ganz nachvollziehbar“, sagte sie. Zumal die Gemeinschaft handlungsfähig sei. „Bisher hat alles gut funktioniert.“ Gestört habe sie sich daran, dass Schnatterer an die Öffentlichkeit gegangen sei, noch bevor alle Gremien informiert werden konnten. Genau wie Erl geht Purschke davon aus, dass die VG im Falle eines Austritts der Seeger von den fünf verbleibenden Gemeinden fortgesetzt wird.

Gelassener sieht es der Hopferauer Rathauschef Rudi Achatz. „Wir können nichts dagegen tun, wenn die Seeger tatsächlich austreten wollen.“ Man habe da „kein Mitspracherecht“. Er geht ebenfalls davon aus, dass die VG auch ohne Seeg fortbestehen wird. Denn es sei die Überzeugung vieler Kommunalpolitiker, dass es ohne VG „bestimmt nicht billiger kommt“ – dieser Verbund helfe, Kosten zu sparen.

VG-Geschäftsstellenleiter Peter Hartl erkennt in den aktuellen Entwicklungen indes auch eine Chance für den Verbund. „Die Diskussion bietet für die bestehende Konstellation der Verwaltungsgemeinschaft die nochmalige Möglichkeit, die bisherige Zusammenarbeit und damit die gesamte Struktur auf den Prüfstand zu stellen“, teilte er mit. Dafür müssten jedoch alle Beteiligten ergebnisoffen in die Prüfung gehen, „und nicht schon voreingenommen einen festen Standpunkt vertreten“.

Dass ein Austritt Seegs der Gemeinde finanzielle Vorteile mit sich bringen wird, glaubt er nicht. „Zu erwarten ist eher das Gegenteil – außer man nimmt mehr oder weniger große Leistungseinschnitte in Kauf.“ Und ob die von Schnatterer erhofften Vorteile für das Honigdorf die finanziellen Belastungen überwiegen, müssten die Beteiligten entscheiden. Er sehe für Seeg derzeit keine Probleme bei den Entscheidungswegen oder Personalkompetenzen.

Mit Blick auf die wachsenden Herausforderungen für die Kommunen sei vielmehr jetzt ein guter Zeitpunkt, die Strukturen der Kooperation neu zu überdenken. „Bisher wurden gerade letztere häufig nach dem Motto ‚das geht

bei uns nicht' verworfen, ohne sich ernsthaft und abseits von jedem Kirchturmdenken und Kompetenzgerangel ergebnisoffen damit zu befassen."

Dabei gebe es genügend Bereiche, in denen eine intensivere Zusammenarbeit allen Mitgliedern auch finanzielle Vorteile bringen würde. Als Beispiele nannte er Wasserver- und Abwasserentsorgung, eine Kooperation der Bauhöfe oder eine vertiefte Zusammenarbeit bei den Feuerwehren oder in der Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit. Zwar habe sich hier in den vergangenen beiden Jahren einiges getan, „aber der Spielraum nach oben ist immer noch enorm“.